

Antragsbereich D: Antifaschismus, Demokratie und Kampf gegen Rechts

Antrag D1_16/1

1 Antragssteller*in: Bundesvorstand

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen, der Juso-Bundeskongress und der
4 SPD-Bundesparteitag mögen beschließen:
5

6 **D1_16/1 Rassismus konsequent** 7 **entgegenzutreten - zum Umgang mit der AfD**

8
9 Nicht erst seit den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt
10 ist ein entschlossenes Vorgehen gegen die Alternative für Deutschland (AfD) nötig geworden.
11 Auch vorher war bereits ein erschreckendes Mobilisierungspotential erkennbar. Jedoch ist vielen
12 Politiker*innen, auch aus der SPD, erst danach der Ernst der Lage wirklich bewusst geworden. In
13 alle drei Landtage zog die AfD mit zweistelligen Ergebnissen ein, in Baden-Württemberg und
14 Rheinland-Pfalz wurde sie jeweils drittstärkste, in Sachsen-Anhalt sogar zweitstärkste Kraft. Die
15 Wahlergebnisse bestätigen auch: Die AfD ist kein Nischenphänomen mehr, ihr Wahlerfolg zeigt
16 sich in allen Wähler*innengruppen.

17 Daher müssen diese Ergebnisse, die im Vorfeld zu erwarten waren, für die SPD im Besonderen,
18 aber auch für die anderen Parteien ein Weckruf sein. Die AfD als politische Erscheinung klein zu
19 reden kann dabei keine Strategie sein; im Gegenteil: dieser rechtsradikalen, zutiefst
20 reaktionären Partei muss konsequent entgegenzutreten werden. Noch in diesem Jahr stehen
21 weitere Landtagswahlen an, im nächsten Jahr dann auch die Bundestagswahl. In bundesweiten
22 Umfragen steht die AfD mittlerweile bereits an dritter Stelle und dies trotz oder gerade wegen
23 einer immer schärfer werdenden Rhetorik. Es ist dabei vor allem die wachsende gesellschaftliche
24 Zustimmung für die AfD, die beunruhigen muss und deutlich macht, dass Rassismus keine
25 Randerscheinung, sondern direkt innerhalb der Gesellschaft entsteht. Hier zeigen sich
26 antieuropäische, antifeministische und rassistische Haltungen, die sich zuvor wenig artikulieren
27 konnten, jetzt aber eine Plattform gefunden haben. Daher muss es insbesondere die Aufgabe der
28 SPD sein, sich mit der AfD inhaltlich auseinander zu setzen und ihren ideologischen Ursprung
29 aufzuzeigen.

30 Nicht erst seit Petrys Aussagen über einen Schusswaffengebrauch an den Grenzen der
31 Bundesrepublik offenbart sich die Partei öffentlich und unverhohlen als menschenverachtend.
32 Dennoch bleibt der Umgang mit der AfD von Seiten der anderen Parteien oftmals uneinheitlich
33 und unklar. Zwar folgen regelmäßig Distanzierungen, diese sind in unserem jungsozialistischen,
34 antifaschistischen und feministischen Verständnis jedoch keineswegs ausreichend und zu
35 schwach, um dem gesellschaftlichen Phänomen, für das die AfD steht, tatsächlich
36 entgegenzutreten. Damit dies möglich ist, ist für uns eine inhaltliche Analyse der AfD notwendig,
37 basierend auf der konkrete und wirksame Gegenstrategien entwickelt werden können.
38

39 Denn neben unzureichend starken Reaktionen auf die politischen Verlautbarungen der AfD sind
40 auch verkürzte Analysen, die die Partei und ihre Programmatik letztlich verharmlosen, ein
41 Problem. Ein Charakteristikum der AfD besteht in ihrer Wandlungsfähigkeit: Anfänglich trat sie
42 als eurokritische und marktliberale „Professorenpartei“ auf, wenngleich schon in den
43 Diskussionen um die „Griechenlandkrise“ deutlich wurde, dass ihrer Programmatik eine

44 reaktionäre, rechte Gesinnung zugrunde liegt. Durch die Nähe zu „PEGIDA“ und deren
45 menschenverachtende Stimmungsmache gegen Geflüchtete erlangte dann der Flügel um Petry
46 die Überhand. Spätestens seit ihrer Wahl zur Sprecherin im Juli 2015 hat der völkische Flügel
47 endgültig, sowohl in Personalfragen, als auch inhaltlich, die Zügel in der Hand. Seitdem
48 verschärft sich gerade in der Debatte um den Umgang mit Geflüchteten merklich die Rhetorik.
49 Trotz dieser Radikalisierung werden die Partei und die meisten ihrer Funktionär*innen weiterhin
50 als „brave Deutsche im Nadelstreifenanzug“ wahrgenommen. Auf der anderen Seite darf
51 allerdings nicht der Fehler gemacht werden, die Partei als eine Gruppierung „rechter
52 Spinner*innen“ zu verharmlosen. Die AfD tritt weiterhin als bürgerliche Partei auf und muss
53 entsprechend bekämpft werden.

54

55 Vom 30. April bis 1. Mai hat der Bundesparteitag der AfD stattgefunden, bei dem die AfD ein
56 Grundsatzprogramm beschlossen hat. Sowohl das letztendlich beschlossene Programm als auch
57 die Stimmung und die Debatten auf dem Parteitag der AfD haben erneut deren rechtsradikale
58 und populistische Weltvorstellung gezeigt. Eine Analyse dieses Programms ist auch dahingehend
59 notwendig, als dass die Partei damit in ihrer inhaltlichen Ausrichtung in allen Bereichen
60 greifbarer wird.

61

62

63 **Analyse Grundsatzprogramm**

64

65 Die programmatische Ausrichtung der AfD lässt sich, basierend auf dem Grundsatzprogramm, wie
66 folgt einordnen. Die AfD ist:

67

68

69 **Antieuropäisch**

70 Die AfD positioniert sich auch weiterhin eindeutig antieuropäisch. Sie versteht die Europäische
71 Union lediglich als Wirtschaftsgemeinschaft, die einen Wirtschaftsaustausch zwischen den
72 einzelnen Ländern möglich machen soll. Die Partei tritt für ein „Europa der Vaterländer“ ein und
73 will Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgeben, statt deren Bedeutung zu reduzieren.
74 Ziel ist daher auch der Austritt der Bundesrepublik aus der Eurozone; die anfängliche
75 Kernforderung ist ebenso weiterhin Teil des Programms. Darüber hinaus soll dem Entwurf zufolge
76 die europäische Personenfreizügigkeit eingeschränkt werden, um den „Sozialhilfebetrug“ zu
77 verhindern.

78 Es ist ersichtlich, dass die AfD die EU lediglich auf den Wirtschaftsraum begrenzt wahrnimmt und
79 nicht aufhört zu betonen, wie unterschiedlich die Mitgliedsstaaten doch eigentlich seien und
80 daher kein visionäres europäisches Projekt möglich wäre. Die Ablehnung eines EU-Beitritts der
81 Türkei, begründet durch islamophobe Positionen, ist Ausdruck eines klaren Willens zur
82 Abschottung gegenüber „dem Islam“. Demgegenüber wird eine christlich geprägte europäische
83 Kultur heraufbeschworen. Dahinter steckt ein ethnopluralistisches Weltbild, mit dem die AfD
84 ihren Rassismus zu tarnen versucht. Es gäbe verschiedene Kulturräume, in denen die jeweiligen
85 „Ethnien“ zu bleiben hätten. Die gemeinsamen europäischen Werte werden also nur dann ins
86 Spiel gebracht, wenn sie als Abgrenzungsmoment - aus der stigmatisierenden Sicht der AfD -
87 „dem Islam“ dienen können. Europa wird nur dann und so weit befürwortet, wie es der
88 Bundesrepublik materiell nützt und privilegierende Traditionen aufrechterhalten werden können.
89 Dort müsse der Bundesrepublik eine herausragende Rolle zugesprochen werden, dies belegt
90 beispielsweise auch die Forderung, Deutsch als dritte Amtssprache der EU einzuführen, welche
91 sich jeglicher Grundlage entzieht, da Deutsch bereits Amts- sowie Arbeitssprache der EU ist.

92

93

94

95

96 **Antifeministisch**

97 Die AfD gibt die traditionelle Familie als Leitbild aus, worunter sie vor allem die folgenden drei
98 Charakteristika versteht: Erstens erklärt sie die Familie aus Vater, Mutter und Kindern als das
99 „richtige“ Modell, das als einziges anerkannt wird. Zweitens will sie, als Gegenmaßnahme zu
100 einem „falsch verstandenen Feminismus“, der Frauen einseitig in die Erwerbstätigkeit drängen
101 würde, die traditionellen Geschlechterrollen aufrechterhalten. Und drittens spricht sie sich für
102 besondere Anreize für kinderreiche deutsche Familien aus. In diese Vorstellung passen weder
103 davon abweichende Lebensentwürfe noch Identitäten, die sich nicht in das binäre
104 heteronormative Geschlechtersystem einordnen wollen.

105 Bei der Forderung nach einer „Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene“ argumentiert die
106 AfD gegen das reproduktive Selbstbestimmungsrecht von Frauen*. Jegliche emanzipatorischen
107 Ansätze sollen erstickt werden. So fordert die Partei die Abschaffung von Gender-Forschung und
108 Geschlechterquoten, stellt sich gegen geschlechterneutrale oder -gerechte Sprache, Gender-
109 Mainstreaming und einen aufgeklärten und diversen Sexualkundeunterricht in der Schule.

110 Dabei stellt die AfD ihre Forderung als eine Befreiung der Menschen von aufgezwungen
111 „unnatürlichen“ Rollen dar, die Menschen ermöglichen sollen, leicht ihre „natürliche“ Identität
112 zu finden, indem die Geschlechterrollen in der Gesellschaft klar abgegrenzt sind. Sie versucht
113 dadurch ihrem Programm statt einem repressiven und reaktionären einen vermeintlich
114 progressiven Charakter zu geben.

115

116

117 **Deutschtümelig und rassistisch**

118 Durch das gesamte Programm zieht sich eine klare Abgrenzung und Überhöhung einer „deutschen
119 Leitkultur“ gegenüber anderen, vornehmlich muslimisch geprägten Kulturkreisen. Bezüglich der
120 Erinnerungskultur soll der Fokus mehr auf „positiven und identitätsstiftenden Aspekten der
121 deutschen Geschichte“, statt auf dem Nationalsozialismus liegen. Die Überhöhung gipfelt in
122 einem Kapitel über Kultur, Sprache und Identität, in dem der „deutschen Leitkultur“ gehuldigt
123 wird. Darin wird ein Multikulturalismus als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden angesehen,
124 in dessen Kontext sich auch die Aussage findet, „der Islam“ gehöre nicht zu Deutschland.
125 Vielmehr sei „der Islam“ nicht mit der freiheitlich-demokratische Grundordnung kompatibel.
126 Minarette sollen aus den Stadtbildern verbannt werden und Muslim*innen nicht die gleichen
127 Rechte wie anderen religiösen Menschen, insbesondere Christ*innen, zustehen. Im Gegensatz zur
128 Positionierung zum traditionellen Familienbild, wird sich in Bezug auf das Verbot der
129 Vollverschleierung die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen angeeignet und entfremdet.
130 Der Programmentwurf enthält außerdem den Vorschlag zu einer drastischen
131 Asylrechtsverschärfung. Die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Die AfD will
132 Einwanderung begrenzen, indem die Möglichkeit, in Europa bzw. der Bundesrepublik Asylanträge
133 zu stellen, abgeschafft wird. In sicheren Staaten außerhalb der EU sollen stattdessen Asylzentren
134 geschaffen werden, wo der gesamte Prozess - von der Stellung des Antrags, über die Prüfung, bis
135 hin zur gerichtlichen Revision - stattfinden soll. Der Programmentwurf unterteilt hierbei
136 außerdem zwischen „echten Flüchtlingen“ und „irregulären Migrant*innen“, die kein Recht auf
137 Bleibe hätten. Darüber hinaus sollten abgelehnte Asylbewerber*innen - auch wenn nach jetzigem
138 Recht Abschiebehindernisse vorliegen -, nach Willen der Parteiführung schnellstmöglich
139 abgeschoben werden. Dies alles zeigt die radikal rechten asylpolitischen Vorstellungen der AfD.

140

141

142 **Feindschaft zur pluralistischen Demokratie**

143 Die AfD gibt vor, mit der Einführung von Volksabstimmungen und -entscheidungen „nach
144 Schweizer Vorbild“ die Demokratie in der BRD stärken zu wollen.

145 Tatsächlich steht sie mit dieser Forderung allerdings in einer Tradition rechter Parteien, die den
146 Parlamentarismus insgesamt ablehnen und aushöhlen wollen. Dies betrifft v.a. die
147 grundsätzlichen demokratischen Prozesse von Diskurs, Verhandlung und Kompromiss, die in der
148 diskussionlosen Abstimmung zu Einzelfragen schlicht unter den Tisch fallen würden.

149 Gerade in Verbindung mit von Teilen der Partei vertretenen Losungen wie „Wir sind das Volk!“
150 und dem damit einhergehenden Alleinvertretungsanspruch entsteht hier die Wunschvorstellung
151 von einer Tyrannei der Mehrheit, der sich Minderheiten jeglicher Art beugen sollen.

152 Insbesondere wird durch den Wunsch nach einfachen Ja/Nein-Abstimmungen ohne
153 Kompromissmöglichkeit die grundsätzliche Dichotomisierung rechter Weltvorstellungen deutlich.
154 Diese äußern sich u.a. in den oben angesprochenen Gegensätzen von Mann und Frau, deutsch und
155 nicht-deutsch und allgemein in einem Bild von „wir gegen die“ (exemplarisch sichtbar im
156 Parteimotto „Mut zur Wahrheit“, das die AfD als Kraft der Wahrheit gegen die Lügen der
157 politischen Gegner*innen darstellt).

158 Die Grundlagen dieser Vorstellung und damit Feindbilder finden sich in einer biologistischen
159 Sichtweise von natürlichen und unnatürlichen Lebensweisen und zu speziellen bei diesem Punkt
160 natürlichen und unnatürlichen Politikverständnissen. Insofern steht die AfD grundsätzlich in
161 Gegnerschaft zu einer parlamentarischen Demokratie.

162

163

164 **Schlussfolgerung**

165 In all diesen Bereichen wird deutlich, dass die AfD eine zutiefst reaktionäre, nationalistische,
166 antifeministische und rassistische Partei ist. Durch alle Forderungen zieht sich das
167 Leistungsprinzip und das Prinzip der wirtschaftlichen Verwertbarkeit. Nach dem Programm
168 genießen lediglich Weiße, Reiche, Christ*innen, Heterosexuelle und Männer umfängliche
169 Teilhaberechte an der Gesellschaft. Insbesondere Frauen*, queere* Menschen, geflüchtete
170 Menschen, nicht-christliche Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen und/oder chronischen
171 Erkrankungen und finanziell schlechter gestellte Menschen werden gesamtgesellschaftlich
172 programmatisch diskriminiert. Dabei bedient sie sich reaktionären, homophoben und
173 rassistischen Traditionen. Dies widerspricht unseren Vorstellungen und allen Grundwerten für
174 eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Die herausgestellten reaktionären Haltungen der AfD
175 zeigen sich auch in den bildungspolitischen Forderungen, die in der Analyse für uns als Juso-
176 Hochschulgruppen eine besonders hohe Relevanz haben. Aus diesem Grund haben wir uns bereits
177 frühzeitig mit den bildungspolitischen Forderungen der AfD beschäftigt und diese in einem
178 Dossier analysiert. Dennoch lohnt sich auch ein Blick in die bildungspolitischen Forderungen aus
179 dem Grundsatzprogramm.

180

181

182 **Die Bildungspolitik der AfD**

183 Der Programmentwurf offenbart im Bereich der Bildungspolitik ebenfalls den reaktionären Kern
184 der Partei. So soll die Leistungsfähigkeit in den Schulen insbesondere durch eine noch höhere
185 Differenzierung gesteigert werden. Das Leistungsprinzip wird also uneingeschränkt befürwortet,
186 Leistungsbereitschaft und Disziplin der Schüler*innen gelten für die AfD als zentrale Elemente
187 des Bildungssystems. Dies zeigt sich auch im Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen
188 und/oder chronischen Erkrankungen: Im Bereich der Inklusion sollen keine weiteren
189 Unternehmungen unternommen werden. Vielmehr sollen Förder- und Sonderschulen vermehrt
190 wieder den Unterricht übernehmen. Damit stellt die AfD eine Forderung auf, die sich aktiv gegen
191 geltende Menschenrechte stellt und die Diskriminierung und Betonung der „Andersartigkeit“
192 weiter vorantreibt.

193

194 Auch die hochschulpolitischen Forderungen verdeutlichen diese elitäre Grundhaltung. Anstatt
195 mehr Menschen den Zugang zur Hochschule zu ermöglichen, soll dieser nur den

196 „Leistungsstärksten“ vorbehalten sein. Darüber hinaus sollen insbesondere die MINT-Fächer
197 gefördert werden, dies zeigt die von der AfD auch in bildungspolitischen Fragen verfolgte
198 Verwertbarkeitslogik. Das fügt sich in das gesamte Weltbild der Partei ein, indem auch Bildung
199 einzig dem Zweck der nationalen Stärkung dient. Die AfD will leistungs- und eignungsbezogene
200 Auswahlverfahren einführen, da das Abitur durch ständig sinkende schulische Anforderungen
201 nicht länger zum Hochschulstudium befähige. Verknüpft mit den Forderungen zur schulischen
202 Bildung heißt dies, dass die AfD nur einer kleinen, elitären Gruppe das Recht zu Studieren
203 zuspricht. Durch die Bologna-Reform und die damit verbundene Einführung von Bachelor und
204 Master habe es enorme Qualitätsverluste bei den Absolvent*innen gegeben. Dies sei nur durch die
205 Rückkehr zum alten Studiensystem zu kompensieren. Staatlich lenkende Eingriffe in das
206 Hochschulsystem lehnt die Partei gänzlich ab, einzig mit der Begründung, dass es nur so eine
207 leistungs- und konkurrenzfähige Hochschule geben könne. Gender-Forschung entspricht für die
208 AfD nicht den Ansprüchen an seriöse Forschung, die entsprechende staatliche Forderung sei
209 daher einzustellen. Darüber hinaus sollen bestimmte Fachrichtungen, wie beispielsweise das
210 Lehramtsstudium, an gesonderten Hochschulen gelehrt werden. Das reiht sich in die Aussage ein,
211 dass zwischen Universitäten und anderen Hochschulen ein großer Unterschied bei der Einheit von
212 Forschung und Lehre bestehe, weswegen den Fachhochschulen unter anderem ein
213 Promotionsrecht verwehrt bleiben soll.

214

215

216 **Die AfD an den Hochschulen**

217 Die AfD begegnet uns vielerorts auch an den Hochschulen. Dies geschieht auf unterschiedliche
218 Arten: Zum einen personell, durch Dozierende und Studierende, zum anderen in institutioneller
219 Hinsicht, in Form von Hochschulgruppen und der Partei, insbesondere mit ihren
220 hochschulpolitischen Forderungen. Schon seit geraumer Zeit lässt sich die bundesweit vermehrte
221 Gründung von AfD-Hochschulgruppen beobachten. Oftmals ist dabei eine Verbindung zu
222 Burschenschaften fest zu stellen. So tauchen beispielsweise auf bestehenden
223 burschenschaftlichen Listen bei studentischen Wahlen AfD-Mitglieder auf, wenn es keine eigene
224 AfD-Hochschulgruppe gibt.

225 Die Aktivität und die öffentliche Präsenz der einzelnen Gruppen variiert jedoch stark. In den
226 letzten Monaten polarisierte vor allem die AfD-Hochschulgruppe aus Göttingen mit ihren
227 personellen Verbindungen in den „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“. Dabei handelt es
228 sich um einen Zusammenschluss aus AfD und rechtsradikalen Personen der Neuen Rechten, die
229 gegen Antifaschist*innen, etablierte Parteien, die Presse und Geflüchtete hetzen.

230 Bei den bisherigen Gremienwahlen im Bundesgebiet konnte jedoch keine AfD-Hochschulgruppe
231 wirklich Anklang in der Studierendenschaft finden; es ist bisher ein Fall bekannt, in dem eine
232 Hochschulgruppe einen Sitz erlangen konnte. Dies bedeutet aber nicht, dass AfD-Mitglieder nicht
233 über andere Hochschulgruppen oder Listen in Gremien eingezogen sein können.

234

235 Für uns ist jedoch klar, dass wir uns auf dieser Situation nicht ausruhen dürfen, sondern die AfD,
236 sowohl an der Hochschule als auch in allen anderen Bereichen der Gesellschaft, aktiv bekämpfen
237 müssen. Auch dem gesellschaftlichen Phänomen insgesamt wollen wir uns entgegenstellen. Dafür
238 braucht es eine klare Strategie.

239

240

241 **Unsere Strategie zur Bekämpfung der AfD**

242

243 Ein entschlossenes Vorgehen gegen die AfD beinhaltet, in Bezug auf den grundsätzlichen
244 gesellschaftlichen Umgang, für uns folgende Punkte:

245

- 246 • Wir stellen uns überall dort, wo sie uns begegnen, gegen rechtsradikale Strukturen
247 und Vereinigungen. Nur so kann dem gesellschaftlichen Phänomen entschieden
248 begegnet werden.
- 249 • Wir beteiligen uns an Demonstrationen gegen die AfD und ihre Veranstaltungen. Wir
250 wollen ihre menschenverachtenden Parolen nicht unkommentiert im öffentlichen
251 Raum stehen lassen und beteiligen uns daher aktiv und vielfältig an Gegenprotesten
252 und anderen Formen zivilen Widerstands sowie der Organisation dieser mit.
- 253 • Überall, wo es sich anbietet, setzen wir Zeichen für Solidarität und
254 Willkommenskultur. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen, die von der AfD
255 angegriffen oder diskriminiert werden. Insbesondere die, von der AfD als schwächer
256 definierten Menschen können sich unserer Solidarität sicher sein, die Unterstützung
257 von Geflüchteten spielt hierbei für uns eine zentrale Rolle.
- 258 • Wir entziehen uns keiner Diskussionen und hören nicht auf, zu betonen, in welcher
259 Tradition die AfD steht. Es gilt, beständig über die Inhalte und Forderungen der AfD
260 zu informieren und aufzuklären. Auch gilt es, Verbindungen in die rechtsradikale
261 Szene und zu Burschenschaften oder anderen studentischen Verbindungen öffentlich
262 aufzudecken und deutlich zu machen.
- 263 • Wir kooperieren hierbei mit unseren zahlreichen Bündnispartner*innen auf lokaler
264 sowie auch auf überregionaler Ebene, wie beispielsweise im Bündnis „Aufstehen
265 gegen Rassismus“. Darüber hinaus forcieren wir die weitere Vernetzung und
266 Bündnisbildung mit Organisationen, die sich gegen die AfD und andere rechte
267 Parteien und Organisationen positionieren. Dies muss auch auf internationaler Ebene
268 geschehen. Unsere Vernetzung im Kampf gegen Rechts darf nicht an
269 Meinungsunterschieden zu anderen politischen Themen scheitern.
- 270 • Wir wollen uns mit der AfD gerade in Abgrenzung zu NPD und bereits existierenden
271 rechten Parteien beschäftigen, und sie als neues Phänomen anerkennen, zu dem es
272 einer Weiterentwicklung bisheriger Strategien und einer tiefer gehenden Analyse
273 bedarf.

274

275 Wir haben ebenfalls Forderungen und Ansprüche an den politischen Umgang mit der AfD durch
276 die SPD. Hierzu zählen für uns folgende Punkte:

277

- 278 • Die SPD muss eine klare Haltung gegen die AfD - sowohl in Aussagen, als auch
279 programmatisch deutlich machen. Eine Zusammenarbeit mit der AfD muss
280 kategorisch ausgeschlossen bleiben. Dies erwarten wir darüber hinaus von allen
281 demokratischen Parteien.
- 282 • Für uns gibt es auch weiterhin keine einfachen Antworten auf komplizierte Fragen.
283 Die SPD muss der Politik der AfD endlich inhaltliche Gegenentwürfe entgegenstellen.
284 In keinem Fall darf die SPD sich dabei den rechten Positionen der AfD annähern:
285 unsere Alternative heißt Solidarität.
- 286 • Die SPD ist, wie alle anderen demokratischen Parteien in der Pflicht, zu politisieren
287 und den Zugang zu Bildungsangeboten, die über die AfD und andere rechtsradikale
288 Strukturen aufklären, herzustellen und auszubauen.
- 289 • Die reaktionären Positionen der AfD dürfen nicht unwidersprochen im Raum stehen
290 bleiben. Der Widerspruch kann sowohl in der direkten Diskussion als auch in anderen
291 Formen der Auseinandersetzung deutlich gemacht werden. Was jeweils
292 wirkungsvoller ist, muss jeweils im Einzelfall in Abwägung der Umstände entschieden
293 werden.
- 294 • Unabhängig von den unzutreffenden Forderungen der AfD, muss die SPD für alle
295 Bevölkerungsgruppen Sozialpolitik gestalten. Investitionen von staatlicher Seite sind

296 in vielen gesellschaftlichen Bereichen dringend nötig. Selbstverständlich lehnen wir
297 populistische Forderungen, wie beispielsweise die.lo von Sigmar Gabriel, nach
298 einseitigen Sozialpakten lediglich für Deutsche ab. Dies bestärkt nur die AfD in ihren
299 Positionen und ihrem Handeln.

300 • AfD-Funktionär*innen, die die Partei verlassen, sind nicht in einem Zeitraum von
301 unter einem Jahr in SPD Fraktionen aufzunehmen. Vor einer eventuellen Aufnahme
302 ist ein ausführlicher Diskussionsprozess und eine glaubhafte Identifizierung der
303 Person mit den Grundwerten der SPD von Nöten.

304

305

306 Auch an den Hochschulen stellen wir uns der AfD konsequent entgegen. Dies umfasst für uns
307 folgende Punkte:

308

309 • Ähnlich wie im gesellschaftlichen Umgang informieren wir innerhalb der
310 Studierendenschaft über die AfD im Gesamten und gegebenenfalls über ihre
311 Aktivitäten vor Ort. Dies tun wir sowohl als Hochschulgruppe als auch in den Gremien
312 der studentischen Selbstverwaltung. Dabei offenbaren wir auch Verbindungen zu
313 Burschenschaften oder weiteren rechten Gruppen. Falls es AfD-Hochschulgruppen
314 gibt, setzen wir uns mit diesen im Besonderen auseinander.

315 • Auch an den Hochschulen wollen wir der AfD und ihren Hochschulgruppen nicht die
316 Möglichkeit geben, ihr Gedankengut unwidersprochen

317 • zu verbreiten. Es ist eine Abwägung im Einzelfall nötig, um den wirkungsvollsten
318 Weg des Protests zu finden.

319 • Wir halten Outings, gerade bei Professor*innen und anderen Dozierenden, die in
320 Verbindung zur AfD stehen, für ein legitimes Mittel, um die Studierenden über deren
321 Hintergrund aufzuklären. Gerade im asymmetrischen Verhältnis zwischen
322 Studierenden und Professor*innen ist dieses Wissen unabdingbar für die eigene
323 Reflexion des Gelernten. Darüber hinaus können auch der Boykott von
324 Lehrveranstaltungen sowie die öffentliche Forderung nach Entlassungen ein
325 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist dabei klar: Rechte Lehrende haben an der
326 Hochschule und im gesamten Bildungssystem keinen Platz.

327 • In besonders krassen Fällen halten wir es auch für legitim, die AfD-Mitgliedschaft von
328 Studierenden bekanntzumachen. Solche Outings dürfen jedoch nur in einzelnen
329 Fällen geschehen, wenn diese einen politisch aufklärerischen Gedanken
330 nachkommen. Ein solch aufklärerischer Gedanke wäre zum Beispiel ein relevanter
331 Artikel eines AfD-Mitglieds in einer universitären Zeitung oder eine politische
332 Meinungsäußerung.

333 • Insbesondere setzen wir uns mit den bildungs- und hochschulpolitischen Forderungen
334 der AfD auseinander und informieren über die Menschenfeindlichkeit dieser. Wir
335 zeigen auf, dass die AfD für ein rein leistungsorientiertes, ungerechtes,
336 diskriminierendes und elitäres Bildungssystem eintritt.

337 • Bei der Information über die Inhalte und die Ausrichtung der AfD kommunizieren wir
338 diese offen und deutlich als rassistisch, menschenverachtend, homophob und
339 antifeministisch zu entblößen. Wir relativieren die Gefahr die von der AfD ausgeht
340 nicht, sondern benennen sie deutlich.

341 • Die Politisierung und Aktivierung der Studierendenschaft und damit auch der
342 Gesellschaft ist unabdingbar, um ein weiteres Erstarken der AfD bei Wahlen und in
343 der öffentlichen Wahrnehmung zu verhindern. Wir setzen uns dafür ein, dass
344 Bildungsangebote geschaffen werden und bieten diese an den Hochschulen auch
345 selbst an.

- 346
- 347
- 348
- 349
- 350
- 351
- 352
- 353
- 354
- Durch proaktiven Wahlkampf und die Kooperation mit anderen Hochschulgruppen tun wir alles, um der AfD und ihren Hochschulgruppen den Zugang zu den hochschulinternen und studentischen Gremien zu verwehren. Falls dies dennoch nicht gelingt, ist für uns selbstverständlich, dass keinerlei Zusammenarbeit stattfindet. Diese Haltung erwarten wir auch von allen anderen demokratischen Hochschulgruppen. Darüber hinaus muss über die gremieninterne Aktivität der AfD beständig informiert werden.
- 355 Wir stellen uns der AfD immer und überall entgegen: in der Gesellschaft, in der Politik und an
- 356 der Hochschule! ¡No pasarán!